

<b>Zeitschrift:</b>	Bündner Schulblatt = Bollettino scolastico grigione = Fegl scolastic grischun
<b>Herausgeber:</b>	Lehrpersonen Graubünden
<b>Band:</b>	53 (1993-1994)
<b>Heft:</b>	5: Sparen... Sparen... Sparen...
 <b>Artikel:</b>	Unser Bildungswesen aus finanzieller Sicht : Bildung kostet immer mehr
<b>Autor:</b>	Maissen, Aluis
<b>DOI:</b>	<a href="https://doi.org/10.5169/seals-357118">https://doi.org/10.5169/seals-357118</a>

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 22.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Bildung kostet immer mehr

# Unser Bildungswesen aus finanzieller Sicht

**Im September 1992, nach Vorliegen des Budgets 1993 und der Finanzplanzahlen 1994–97, stand auch für den Staatshaushalt des Kantons Graubünden unwiderruflich fest, dass er von der finanziellen Trendwende erfasst wurde. Die Regierung hat in der Folge eine verwaltungsinterne Kommission mit dem Auftrag eingesetzt, Massnahmenvorschläge zur Sicherung des Haushaltgleichgewichts zu erarbeiten. Ziel dieses Massnahmenplans ist es, den Zuwachs der Gesamtaufwendungen auf jenen der Erträge zu reduzieren, um damit einen weiteren Anstieg der Defizite zu vermeiden sowie einen handlungsfähigen und finanziell gesunden Staat zu erhalten.**

Der vorgelegte Massnahmenplan umfasst über 300 Einzelmassnahmen, die sich auf sämtliche Aufgabengebiete des Kantons erstrecken. Ein erstes Paket von insgesamt 145 Massnahmen mit einem Einsparungspotential von gut 15 Mio. Franken hat die Regierung bereits für das Jahr 1994 in

*Dr. Aluis Maissen, Regierungspräsident*

Kraft gesetzt. Die allfällige Ergreifung weiterer, in der Regel einschneidenderer, Massnahmen hängt von der künftigen Finanzentwicklung ab.

Der Bildungssektor darf von diesen Bemühungen, das Ausgabenwachstum gezielt zu senken, nicht ausgeklammert werden. Er bildet finanziell den weitaus gewichtigsten Aufgabenbereich des Kantons überhaupt und hat – durch das unbändige Wachstum in den letzten Jahren – Wesentliches zur gegenwärtigen Finanzklemme beigetragen. Eine überdurchschnittliche Zuwachsrate des Bildungswesens ist dabei keine neue Erscheinung. Die Ausgabenentwicklung verlief im Bildungsbe reich seit jeher besonders dyna-

misch. Während sich z.B. die Zahl der Primar- bis Mittelschüler seit Mitte der 70er Jahre bis Ende der 80er Jahre von 28'000 auf 20'000 reduziert hat, ist der Aufwand für Unterricht und Erziehung in diesen 15 Jahren von 35 Mio. auf 150 Mio. Franken angestiegen. Dieser Anstieg lässt sich weder mit Inflation noch Reallohnnerhöhung allein erklären. Entscheidend ist das intensivere und verlängerte Bildungsangebot, das seinerseits eine Folge eines notwendigen Nachholbedarfes und erhöhter Anforderungen seitens der Wirtschaft und Gesellschaft darstellt.

Seit 1989 hat sich der Ausgabenanstieg sogar noch verschärft. Im Voranschlag 1994 sind Bildungsausgaben von insgesamt 235 Mio. Franken enthalten. Ohne die im August 1991 vorgenommene Finanzentflechtung zwischen Kanton und Gemeinden wären diese Aufwendungen gar noch um gut 25 Mio. Franken höher. (Die Finanzentflechtung stellt dabei keine Sparmassnahme des Kantons dar, da die Gemeinden im Gegenzug von Beiträgen an den Kanton im Umfang von rund 35 Mio. entlastet wurden.) 1989 absorbierte das

Bildungswesen netto 33.5% der Einnahmen aus Kantonssteuern. Im laufenden Jahr sind es bereits 40%, ohne Finanzentflechtung wären es gar über 45%! Die durch das Bildungswesen verursachte Belastung des Kantonshaushaltes ist heute an die Grenze des Trag- und Verantwortbaren angelangt. Es sind gar Anzeichen einer strukturellen Überlastung zu erkennen. Auf jeden Fall sind Zuwachs raten in bisherigem Ausmass in Zukunft nicht mehr finanzierbar.

Mit Ausnahme des von der Finanzentflechtung betroffenen Bereichs Volksschule weisen sämtliche Bildungskategorien in den letzten fünf Jahren ein weit überdurchschnittliches Ausgabenwachstum von über 12% im Jahresdurchschnitt auf. Damit wird das Wachstum der gesamten Staatsausgaben von 6,8% und erst recht jenes der Gesamterträge von 4,6% um beinahe das 2- bzw. 3fache übertroffen. Die gesamten Bildungsausgaben des Kantons entfallen dabei zu je  $\frac{1}{4}$  auf die Volksschulen, die Berufsausbildung, die Kantons- und privaten Mittelschulen sowie auf verschiedene Institutionen, wie höhere Berufsbildung (v.a. HTL, HWV), Hochschulen, Sonderschulen, Kindergärten (siehe Abbildung).

Das künftige Ausgabenwachstum hat sich zwingend nach der Entwicklung der Steuereinnahmen zu richten. Zugegeben, es erscheint besonders schwierig, der Ausgabendynamik im Bildungswesen massvoll Zügel anzulegen. Investitionen in Bildung und Erziehung dürfen wir nicht vernachlässigen, wenn wir unserer Jugend ech-

te Chancen bieten und unsere Stellung im sich verschärfenden internationalen Wettbewerb behaupten wollen. So ist denn auch höchst fraglich, ob sich die kantonalen Bildungsausgaben in Zukunft nur noch im Umfang des allgemeinen Wirtschaftswachstums erhöhen. Allein der Ausbau der höheren Fachschulen zu Fachhochschulen und die Einführung der kantonalen Berufsmaturität werden erhebliche Mehrbelastungen zur Folge haben.

Die im Erziehungsbereich für das kommende Jahr vorgesehene Massnahmen zur Stabilisierung der Haushaltsslage sind als sehr milde zu beurteilen. Von einem eigentlichen Sparen kann sicher (noch) nicht die Rede sein. So steigt etwa die Nettobelastung im Bereich Volksschule/Kindergarten vom laufenden ins nächste Jahr um 8,6%! Es werden schwergewichtig Benützungs- und Prüfungsgebühren, Schul-, Wohn- und Kostgelder massvoll angehoben (Mehrertrag rund Fr. 300'000.—). Eigentliche Ausgabenreduktionen gegenüber dem Budget 1993 sind dabei lediglich bei den Intensiv- und ordentlichen Fortbildungskursen für Volkschullehrer (Fr. 110'000.—) sowie durch eine restriktivere Bewilligung zur Führung unterdotierter Schulabteilungen (ca. Fr. 100'000.—) vorgesehen. (Immerhin sind für 1994 auch keine Fortbildungskurse in der Art vorgese-

hen, wie sie 1993 in Chur zur Durchführung gelangten). Zudem sollen die Ausgaben in verschiedenen Budgetpositionen stabilisiert werden (für Kommissionen, für Mentorenentschädigung am Seminar, für die Einführung des Koedukationsunterrichts), und es wird auf die Durchführung kantonseigener Ausbildungskurse für Reallehrer vorläufig verzichtet.

Die Finanzlage von Kanton und Gemeinden verlangt von allen Beteiligten ein erhöhtes Kostenbewusstsein. Dabei ist zu beachten, dass wir uns aufgrund der Mittelknappheit in keinem Aufgabenbereich optimale oder ideale Bedingungen leisten können. Die Bedürfnisse sind immer und überall grösser als die (finanziellen) Möglichkeiten. Sparsames Haushalten ist in diesem Sinne eine politische Daueraufgabe, die sich in Notzeiten bloss verstärkt. So dürfen wir auch unbedeckte Massnahmen nicht im vornherein ausschliessen. Bei gutem Verständnis für den hoffentlich nur temporären finanziellen Engpass und der entsprechenden Einstellung muss sich eine gezielte und dosierte Erhöhung der Klassenbestände nicht unbedingt schädlich auf die Unterrichtsqualität auswirken. Nach der neusten Statistik über die Kleinklassenbestände (1 bis 12 Schüler) in den Primarschulen der Schweizer Kantone rangiert Graubünden mit einem Anteil von 17,5% nach dem Kanton

Jura an zweiter Stelle (CH-Mittel 7%). In bezug auf den Anteil grosser Klassen (über 25 Schüler) stehen wir dann weit unten in der Rangliste. Eine Effizienzsteigerung scheint hier durchaus möglich und vertretbar, ohne dabei einer blinden Sparwut das Wort zu reden. Auch mit Bezug auf die Bauanforderungen im Schulbereich und das Tempo, mit welchem die Schulhäuser und Turnanlagen im ganzen Kanton erneuert werden, muss vermehrt auf die finanziellen Möglichkeiten abgestellt werden. Gefordert sind wir alle. Ein frühes und konsequentes Masshalten verschont uns vor Schlimmerem. Die Sanierungsprogramme anderer Kantone müssen uns dabei eine ernste Warnung sein.

Sachlich unhaltbar aber ist die immer wieder verbreitete Behauptung, der Kanton würde unser Bildungswesen durch übermässige und nicht verantwortbare Sparübungen gefährden. Die Zahlen widerlegen dies eindeutig. Betrug die Netto-Belastung unserer Staatsfinanzen durch das Bildungswesen im Jahr 1990 noch 145,6 Mio. Franken, so stieg diese gemäss Staatsrechnung 1992 auf 174,4 Mio. Franken. Für 1994 sind die Netto-Ausgaben für Bildung mit 197,6 Mio. Franken budgetiert. Vom «Sparen» kann bei derartigen Ergebnissen in der Tat nicht die Rede sein!

#### KANTONALE BILDUNGSAUSGABEN BRUTTO

